

Inhalt

Einleitung und Gang der Untersuchung.....	17
Teil 1: Steuerung durch Information im Umweltrecht.....	23
A. Der Untersuchungsgegenstand: Staatliche umweltrelevante Informationstätigkeit	23
I. Die Instrumente des Umweltrechts.....	23
1. Direkte Steuerungsmittel	24
2. Indirekte Steuerungsmittel.....	24
3. Planung und staatliche Eigenvornahme	25
4. Verhältnis der Steuerungsinstrumente zueinander	26
II. Klärung und Präzisierung des Begriffs „staatliche umweltrelevante Informationstätigkeit“.....	29
1. Informationsmöglichkeiten für den Staat	29
a) Bereitstellen von (Umwelt-)Informationen.....	29
b) Aufklärung, Warnungen und Empfehlungen	30
c) Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und allgemeine behördliche Informationstätigkeit	30
d) Informationen im Rahmen von Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung.....	31
e) Beratung Einzelner	31
f) Produktkennzeichnung	32
2. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf die staatliche umweltrelevante Informationstätigkeit.....	33
3. Einordnung der staatlichen Informationstätigkeit in das Instrumentensystem des Umweltrechts	34
4. Die verschiedenen Kategorien der aktiven und direkten staatlichen Informationstätigkeit	35
a) Umweltrelevante Aufklärung (Kategorie 1)	37
b) Umweltrelevante Empfehlungen (Kategorie 2)	37
c) Umweltrelevante Warnungen (Kategorie 3)	38

B.	Der Einsatz staatlicher Informationstätigkeit als Steuerungsmittel im Umweltrecht – Chancen und Grenzen	39
I.	Die angestrebte Wirkungsweise staatlicher umweltrelevanter Informationstätigkeit.....	41
II.	Die Wirksamkeit staatlicher umweltrelevanter Informationstätigkeit ...	42
1.	Umweltbewusstsein und Wunsch nach Information.....	42
2.	Empirischer Nachweis von Steuerungseffekten.....	45
a)	Die Studie von Bjørner/ Hansen/ Russell, zu den Auswirkungen des Öko-Labels „Nordic Swan“ auf das Wahlverhalten von Konsumenten.....	45
b)	Die Studie von Teisl/ Roe/ Hicks zu den Auswirkungen eines Öko-Labels auf Dosenhunfisch.....	46
c)	Das Modell PROPER aus Indonesien.....	48
d)	Bewertung der Studienergebnisse	48
3.	Zwischenergebnis und Stellungnahme	49
III.	Nachteile, Schwächen und Grenzen des Steuerungsinstruments	50
IV.	Vorteile und Stärken des Instruments.....	51
C.	Zusammenfassung und Fazit.....	52

Teil 2: Grundrechtsrelevanz staatlicher Informationstätigkeit aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts

A.	Die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts als Leitentscheidungen	56
I.	Der Glykolwein-Beschluss	56
II.	Der Osho-Beschluss.....	59
B.	Kritische Würdigung der Beschlüsse	61
I.	Formale Besonderheiten der Entscheidungen	61
1.	Bedeutung des Begriffs „Beeinträchtigung des Gewährleistungsbereichs“	61
2.	Das Verhältnis von Schutzbereichseröffnung und Eingriff.....	63
II.	Die einengende Bestimmung des Schutzbereichs von Art. 12 Abs. 1 GG	67
1.	Die Herstellung von Markttransparenz als Ziel der Rechtsordnung	67

2. Die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Kriterien zur Bestimmung von Grundrechtsbetroffenheit und Grundrechtsbeeinträchtigung	68
a) „Richtigkeit“ und „Sachlichkeit“ als Kriterien für die Eingriffsbestimmung.....	69
b) Vorliegen einer staatlichen Aufgabe und die Einhaltung der Kompetenzordnung als Kriterien für die Eingriffsbestimmung ...	71
aa) Die Einhaltung der Zuständigkeitsordnung	72
bb) Die Aufgabenzuweisung als Ermächtigung.....	73
C. Zusammenfassung und Fazit.....	73

Teil 3: Die staatliche Informationstätigkeit im Rahmen der überkommenen Grundrechtsdogmatik von Schutzbereich und Eingriff	75
A. Grundrechtsverletzungen der Informationsadressaten.....	76
I. Verletzung der negativen Informationsfreiheit	76
II. Grundrechtseingriff durch Zwangswirkung	78
III. Ergebnis	80
B. Grundrechtsverletzungen der von staatlicher Informationstätigkeit betroffenen Dritten.....	80
I. Die grundrechtlich geschützten Rechtspositionen aus Sicht von Rechtsprechung und Literatur	81
1. Einordnung durch das Bundesverfassungsgericht – Art. 12 Abs. 1 GG.....	81
2. Zuordnung in der Literatur.....	82
II. Die maßgeblichen grundrechtlich geschützten Rechtspositionen – eigene Stellungnahme und Bewertung	83
1. Der Schutz durch das Eigentumsgrundrecht aus Art. 14 Abs. 1 GG ..	84
a) Der Ruf des Unternehmens als geschützte Rechtsposition.....	85
b) Verminderung von Absatzchancen und tatsächliche Umsatzrückgänge	85
c) Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als geschützte Rechtsposition.....	86
d) Das Veräußerungsrecht als geschützte Rechtsposition.....	88
e) Zwischenergebnis.....	89

2.	Der Schutz durch das Grundrecht der Berufsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG.....	89
a)	Das Recht auf unternehmerische Selbstdarstellung	90
b)	Staatliche Informationstätigkeit als „immaterielle Subventionierung“.....	93
aa)	Erfassung der staatlichen Informationstätigkeit durch Art. 3 Abs. 1 GG	93
bb)	Stellungnahme.....	94
c)	Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.....	96
3.	Der Schutz durch Art. 5 GG	97
4.	Der Schutz der Wettbewerbsfreiheit durch Art. 2 Abs. 1 GG	98
a)	Keine Spezialität aufgrund unterschiedlicher persönlicher Schutzbereiche	98
b)	Keine Aufgabe des personalen Bezuges von Art. 12 Abs. 1 GG	100
c)	Zwischenergebnis.....	101
5.	Fazit	102
III.	Der Eingriff in den Schutzbereich	103
1.	Die Meinungen in Rechtsprechung und Literatur.....	103
a)	Die bundesverwaltungs- und bundesverfassungsgerichtliche Rechtsprechung bis zu den „Glykol“- und „Osho“-Beschlüssen im Jahr 2002.....	103
b)	Die wichtigsten Ansätze der Literatur zur Systematisierung der Frage nach der Eingriffsqualität umweltrelevanter staatlicher Informationstätigkeit.....	108
c)	Fazit	112
2.	Vergleich mit der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	113
3.	Stellungnahme	114
a)	Eingriffscharakter der typischen Informationsvarianten	115
aa)	Eingriff durch Positiväußerungen	115
bb)	Eingriff durch Negativäußerungen	116
cc)	Mischformen aus positiven und negativen Äußerungen als Eingriff	118
dd)	Bekanntgabe von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen als Eingriff.....	118

b)	Die Differenzierung zwischen den drei Informationskategorien als Kriterium für die Eingriffsbestimmung.....	118
c)	Zum Kriterium der berufsregelnden Tendenz.....	120
C.	Zusammenfassung und Fazit.....	122
 Teil 4: Die Ermächtigung zu staatlicher umweltrelevanter Informationstätigkeit		125
A.	Das Erfordernis einer Ermächtigungsgrundlage für staatliche umweltrelevante Informationstätigkeit	126
I.	Das Erfordernis einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts im Glykolwein- und insbesondere im Osho-Beschluss	127
II.	Kritische Würdigung der Entscheidungen und Stellungnahme	129
1.	Informationshandeln der Bundesregierung	129
a)	Informationsbefugnis der Bundesregierung.....	129
b)	Informationsmaßnahmen im Glykolwein- und im Osho-Fall als Maßnahmen der Staatsleitung	130
2.	Die Aufgabenzuweisung als ausreichende Ermächtigung wegen fehlender Normierbarkeit der Materie.....	133
a)	Unvorhersehbarkeit von Anlass, Thema, Zweck, Art und Weise sowie Wirkung	133
b)	Aufgabenzuweisung versus Generalklausel.....	135
3.	Die Auffassungen in der Literatur.....	141
4.	Zwischenergebnis	144
III.	Übertragbarkeit der Entscheidung auf staatliche umweltrelevante Informationstätigkeit.....	146
IV.	Fazit	151
B.	Spezialgesetzliche Ermächtigungsgrundlagen für staatliche umweltrelevante Informationstätigkeit	152
I.	Regelungen auf Bundesebene.....	152
1.	§ 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 (3. Var.) UBAG als Ermächtigungsgrundlage	153
2.	§ 10 UIG als Ermächtigungsgrundlage	157
a)	Der Umweltinformationsbegriff des UIG	158
aa)	Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Regelung	158

bb)	Umweltinformationen i.S.d. § 2 Abs. 3 UIG n.F.....	160
cc)	Der Datenbegriff des UIG.....	161
dd)	Die namentliche oder jedenfalls individualisierende Nennung von Produkten oder Herstellern im Rahmen des Umweltinformationsbegriffs	162
ee)	Zwischenergebnis.....	164
b)	Der Begriff des „Unterrichtens“ in § 10 UIG	165
c)	Die Regelungssystematik in § 10 UIG.....	166
d)	Auslegung des § 10 UIG anhand von Sinn und Zweck der Regelung	169
aa)	Die Vorgaben der Umweltinformationsrichtlinie (RL 2003/4/EG)	171
bb)	Die Vorgaben der Aarhus-Konvention	172
e)	Fazit	173
3.	Weitere normierte Informationsbefugnisse	175
a)	Darstellung typischer Regelungstechniken am Beispiel des § 46 a BImSchG	175
aa)	Informationen, die der Öffentlichkeit „zugänglich gemacht“ werden.....	177
bb)	Informationsermächtigung reduziert auf außerhalb des Umweltschutzes liegende Zwecke.....	177
b)	Ermächtigung zu Empfehlungstätigkeit.....	179
c)	Überantwortung der Informationsverpflichtung auf Private	179
d)	Verpflichtung oder Ermächtigung der Länder zu Informationstätigkeit	180
II.	Regelungen auf Landesebene	181
III.	Die polizeiliche Generalklausel als Ermächtigungsgrundlage	182
C.	Ergebnis.....	186
Teil 5: Möglichkeiten einer rechtlichen Regelung.....		187
A.	Anforderungen an eine rechtliche Regelung.....	187
I.	Formelle Rechtmäßigkeitsanforderungen	188
1.	Zuständigkeit	188
a)	Sinn und Zweck einer klaren Zuständigkeitsverteilung.....	188

b)	Problem der Zuständigkeitsüberlappung	189
c)	Exkurs: Die (All-)Zuständigkeit der Bundesregierung aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung	192
d)	Zwischenergebnis.....	195
2.	Verfahren, insb. Anhörungserfordernis analog § 28 VwVfG	196
a)	Planwidrige Regelungslücke.....	196
b)	Vergleichbare Interessenlage	197
3.	Form.....	200
II.	Materielle Rechtmäßigkeitsanforderungen	201
1.	Legitimer Zweck von Informationsmaßnahmen	202
2.	Geeignetheit von Informationsmaßnahmen zur Zweckerreichung ...	204
a)	Notwendigkeit der Zweckbestimmung	204
b)	Richtigkeit und Sachlichkeit als Rechtmäßigkeitskriterien	205
aa)	Tatsachen und Wertungen.....	206
bb)	Unsicherheiten hinsichtlich der Richtigkeit.....	208
cc)	Der Aspekt der Vollständigkeit der Information	209
dd)	Zwischenergebnis.....	210
c)	Erforderlichkeit von Informationshandeln	210
d)	Angemessenheit von Informationsmaßnahmen	213
e)	Fazit	216
III.	Absicherung der Anforderungen durch korrespondierende Gegenansprüche der Betroffenen	217
IV.	Anforderungen an die Informationen durch europarechtliche Vorgaben.....	218
V.	Die Informationstätigkeit ohne Grundrechtsrelevanz	221
B.	Eigener Regelungsvorschlag.....	222
I.	Regelungsvorschläge in den Entwürfen für ein Umweltgesetzbuch....	223
II.	Umsetzung der Vorschläge in aktuellen Regelungen und weiterer Regelungsbedarf.....	224
III.	Verortung eines entsprechenden Regelungsvorschlags	226
1.	Gesetzgebungskompetenz	226
2.	Verortung einer Ermächtigungsgrundlage innerhalb des UIG.....	230
IV.	Eigener Regelungsvorschlag	231

Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	233
Literaturverzeichnis.....	241